

Mündige Bürger?

Zu: „Ist Salvini noch zu stoppen?“, FR-Politik vom 13. August

Die Tagespolitik in den USA, in Brasilien, nun auch in Guatemala, in Ungarn, in der Türkei und anbahnend in Italien ist dahingehend unverstänlich, als dass es sich dort um Länder handelt, wo man in der Schulbildung auf ein Leben als mündiger Bürger vorbereitet wurde. Die Wahlergebnisse zu solchen Systemen erlauben durchaus das Urteil, dass man sich einen Mantel der Unmündigkeit umhängt und dass man sich mit einem erheblichen Maß an Führerkult umgibt. Alle Systeme sind demokratisch gewählt und breite Teile der Weltbevölkerung meinen anscheinend, dass nur ein Führerkult Frieden und Stabilität erbringen, was sich in der Geschichte schon mehr als einmal als unwahr erwiesen hat. Ansätze dafür beobachtet man auch in der AfD mit deren Innen- und Außenwirkung. Bedauerlich dabei ist es auch, dass Regierungen dieser Länder ein erhebliches Maß an nationaler Polarisierung mit sich bringen und dafür sorgen, dass sie einen erheblichen Teil der Welt in die Zeit von 1914 zurückversetzen, was unweigerlich Konfrontations- und Reibungspunkte mit sich bringen wird.

Nun bereitet ein italienischer Minister einen neuen „Marsch auf Rom“ vor und es ist wohl sein Ansinnen, in einem Triumphwagen in Rom einzufahren. Diesen Marsch haben wir gerade im letzten Jahrhundert schon einmal erlebt, die Folgen sind hinlänglich bekannt. Auch ein amerikanischer Präsident, der sich gerne als Weltpolizist aufspielt und meint, die Welt auf amerikanische Linie zurechtstutzen zu können, hat schon einmal amerikanische Soldaten in einen ausweglosen Krieg gestürzt und verbrannte Erde hinterlassen, welche bis heute nicht geheilt ist. Wenn nun ein Herr Salvini der Meinung ist, mit solchen Herrschern partizipieren zu können, sollte er wissen, dass es sich bei Italien weder um das römische Imperium von vor 2000 Jahren noch um das großrömische Reich der 30er Jahre handelt, sondern um ein einfach gleichberechtigtes Mitglied in Europa, welches recht hoch verschuldet ist. Weiter sollte Salvini nicht vergessen, dass Italien auch auf internationalen Handel und auf Tourismus angewiesen ist.

Georg Dovermann, Bonn

Mein 1968: Unsere liberale Demokratie ist ohne den Anschub durch 68 nicht denkbar

Endlich konnte er studieren. Es war das Wintersemester 1968 in Hamburg. Vor einem Jahr ging das Foto mit dem Transparent um die Welt, das bei der Semestereröffnung 1967 Hamburger Studenten vor den Ordinarien entrollten: „Unter den Talaren muff von 1000 Jahren“. Im Sommer 68 hatte er an Demonstrationen gegen Springer teilgenommen. „Haut dem Springer auf die Finger“. Die Auslieferung der Bildzeitung konnte kurzzeitig verhindert werden. Er war 30 Jahre alt, Zimmermann, Hauptgefreiter der Marine (inzwischen anerkannter Kriegsdienstverweigerer) und hatte im Frühjahr 1968 die Fremdenreifeprüfung in Hamburg bestanden: Endlich Abitur! Konzentriert auf gesellschaftswissenschaftliche Fächer wollte er ein umfassendes Studium beginnen. Soziologie, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Germanistik, Philosophie, Sexualwissenschaft. Ziel: Lehrer für Haupt- und Realschulen, keinesfalls Gymnasium. Die Kinder der unteren Schichten sollten es sein. Und vielleicht promovieren, um nach einiger Schulpraxis an die Universität zurückkehren zu können.

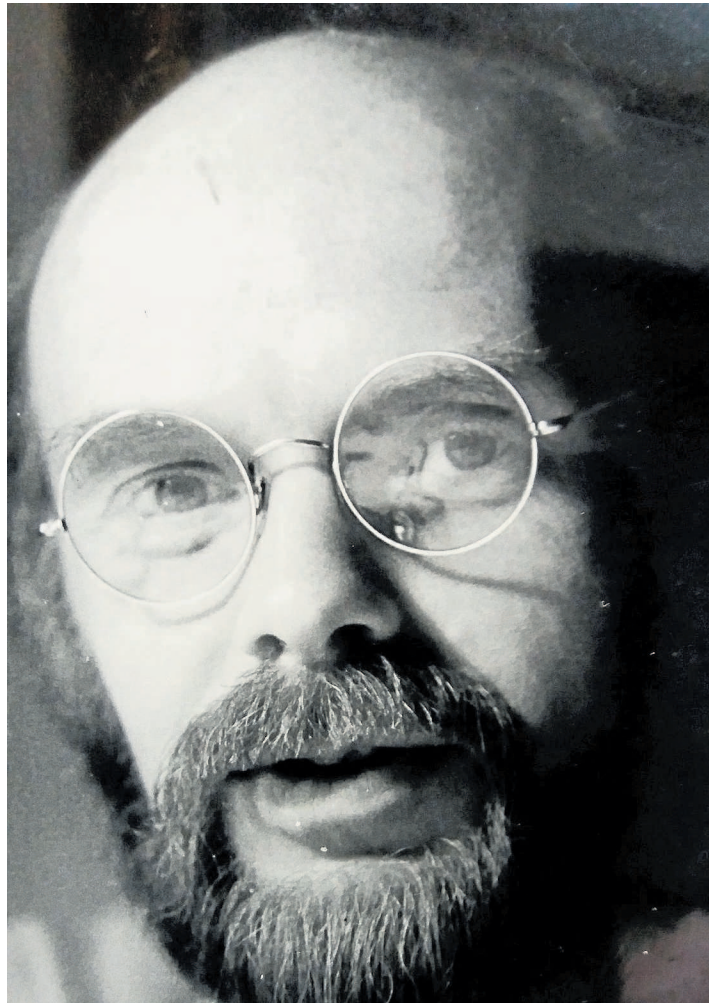
Das erste Semester. Kann er den Anforderungen genügen? Die Antwort darauf musste noch warten, denn es gab Wichtiges: Ehe nicht mindestens die marxischen Feuerbachthesen diskutiert wurden, konnte kaum eine Vorlesung oder ein Seminar beginnen.



50 Jahre '68

FR.de/die68er

Auf diesem Gebiet war er gut vorgebildet. Im dritten Radioprogramm des NDR diskutierten u.a. Ernst Bloch, Hans Mayer, Walter Jens, Theodor W. Adorno. Gelesen wurde alles, was an kritischer Theorie zu haben war. Damit hatte er sogar seine Prüfer beim Abitur beeindruckt. Außerdem musste gegen den Vietnam-Krieg demonstriert werden. Auch das war wichtiger als manche Vorlesung. Die Gesichter der am Rand der Straßen stehenden Passanten drückten meist Unverständnis aus, trotzdem wurde ihnen der Flyer in die Hand gedrückt. „Nieder mit...“ stand immer am Ende der Texte. Heute fällt ihm auf, dass nur gegen etwas demonstriert wurde. An Demonstrationen



Michael Wackermann als Student im Jahr 1968.

PRIVAT

nen für etwas kann er sich nicht erinnern. Auch auf einer DBG-Kundgebung zum 1. Mai, auf der Willy Brand vom Balkon des Hamburger Rathauses sprach, wurde nur gepfiffen. Aus finanziellen Gründen war er wieder zu Hause eingezogen. Die Auseinandersetzungen mit dem Vater (Tätergeneration!) wurden heftiger. „Die Welt“ und die „Deutsche Nationalzeitung“ kam ins Haus und waren eine tägliche Provokation. Auch er war eine Provokation für den Vater. Sie hatten nach

dem Krieg einen so schönen Staat aufgebaut und es ging allen so gut. Und das wollten die linken Studenten alles infrage stellen oder kaputt machen. Die CDU ist ein Garant gegen den Kommunismus, während die SPD der „Steigbügelhalter“ für den Kommunismus ist. Wenn es euch hier nicht passt, könnt ihr ja nach drüben gehen. Das hörte er nach jedem Versuch, eine Diskussion mit dem Vater über die Unruhen der Jahre 1967/1968 oder die Nazi-Zeit zu beginnen.

MEIN 1968



PRIVAT

Michael Wackermann, geboren 1938 in Rostock. 1950 Flucht aus der DDR. 1956-59 Zimmererlehre. 1959-62 Bundesmarine. 1968 Abitur. Studium

der Erziehungswissenschaft, Germanistik und Soziologie an der Uni Hamburg. 1971 erstes Staatsexamen für Lehramt an Volks- und Realschulen.

1976 Promotion. Bis 2000 Lehrer an einer Gesamtschule in Hamburg. Fächer Arbeitslehre, Deutsch, Pädagogik. Nach der Pensionierung engagiert in der Ukraine. Verheiratet seit 1973. zwei Kinder, drei Enkel.

In der Serie „Mein 1968“ erzählen FR-Leserinnen und -Leser, wie sie den Umbruch erlebt haben. Alle Texte der Serie sind im FR-Blog online nachlesbar. Den aktuellen Text finden Sie unter frblog.de/1968-wackermann.

Schließlich zog er in eine WG. Er bekam ein Vollstipendium nach dem „Honnefer Modell“. Die „FR“ wurde abonniert und ist seitdem ununterbrochen Tageszeitung. „Das Argument“ und das „Kursbuch“ kamen bald hinzu.

Der Sohn eines Professors, bei dem er späterer promovierte, war zum Studium an die Universität Frankfurt gegangen. Dessen Mutter bat ihn, nach Frankfurt zu gehen, um den Sohn vor den Gefahren der unruhigen Frankfurter Uni zu bewahren. Auch er hätte gern bei der „Frankfurter Schule“ studiert, waren deren Veröffentlichungen für linke Studenten doch immer inspirierende Quelle. Ein Studienplatzwechsel ging aber nicht mehr, denn er hatte die Frau seines Lebens gefunden, eine echte Hamburger Deern, die schließlich das konservative Elternhaus hinter sich ließ und eine kritische Studentin wurde.

Die üblichen Probleme von Wohngemeinschaften führten schließlich zur ersten gemeinsamen Wohnung. Der Auffassung, dass es vom sozialistischen Standpunkt aus unverantwortlich sei, Kinder in der Kleinfamilie aufwachsen zu lassen, konnte man theoretisch einiges abgewinnen. Aber nicht nur da klappte Theorie und Praxis weit auseinander. Schließlich wuchsen seine Kinder doch in der Kleinfamilie auf. Mit fortschreitendem Alter konnte er mehr Verständnis dafür zeigen, wie sich die Einstellungen des Vaters entwickelt hatten, so dass die Eltern ohne Groll gegen ihn sterben konnten.

Heute fragt er sich, wo denn die Konservativen und Rechten in Politik und Gesellschaft die „links versifftete Republik“ (AfD) sehen. Die CSU (Dobrindt) propagiert gar eine „konservativ-bürgerliche Revolution“. Eine „geistig-moralische Wende“ (Kohl) haben wir schon hinter uns. Man müsste lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Unsere Utopien hatten das Schicksal der meisten Gesellschaftsentwürfe: gescheitert an den real existierenden Verhältnissen. Aber: Die Bilanz nach 50 Jahren ist dennoch positiv: Durch 1968 wurde die Lähmung der Adenauer-Jahre überwunden und viele Bereiche der Gesellschaft für Reformen geöffnet. Unsere liberale Demokratie ist ohne den Anschub von 68 nicht denkbar ist. Michael Wackermann, Halstenbek

Abbau von Vielfalt

HR: „Das sprichwörtliche Ofenrohr“, Leserforum vom 14. August

Ich beziehe mich auf die Leserbriefe, die ich inhaltlich aus vollem Herzen teile. HR2 soll der Quote geopfert werden. Welch ein Verlust für viele Hörerinnen und Hörer! Ich bin empört über diesen Abbau kultureller Vielfalt.

Ursula Arnold, Langenselbold

Diskussion: frblog.de/hr2

Mit voller Kraft für den Abzug der Atomwaffen aus Büchel

Gastbeiträge: „Zurück zur Abrüstung“ und „Mitmachen beim Atomwaffenverbot“, FR-Meinung vom 7. und 9. August

Was haben Heiko Maas und Heidemarie Wieczorek-Zeul gemeinsam? Beide wollen eine „Welt ohne Atomwaffen“. So weit, so sehr gut! Endlich sprechen sich zwei bekannte SPD-PolitikerInnen für das aus, was eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung seit Jahren fordert. Frau Wieczorek-Zeul geht einen Schritt weiter als ihr Parteigenosse und Außenminister Heiko Maas: Sie möchte, dass sich Deutschland dem Atomwaf-

fenverbotsvertrag anschließt, der vor zwei Jahren von 122 Ländern beschlossen, bisher von 70 Staaten unterzeichnet und von 25 Staaten ratifiziert wurde. Versäumt haben jedoch beide, sich für den Abzug der in Büchel in der Eifel lagernden amerikanischen Atomwaffen einzusetzen. Diese Raketen sollen im Ernstfall von deutschen Piloten ans Ziel gebracht und abgeworfen werden. Jede einzelne Bombe hat ei-

ne vierfach höhere Sprengkraft als die Hiroshimabombe.

Die Forderung nach Abzug stand schon einmal im Regierungsprogramm der letzten CDU-FDP-Regierung. Seit 1998 sucht man jedoch vergeblich danach in entsprechenden Koalitionsverträgen. Immerhin war Frau Wieczorek-Zeul als Entwicklungsministerin Mitglied der Schröder-Fischer-Regierung. Es ist nicht überliefert, ob sie

sich damals als Kabinettsmitglied für die Forderung eingesetzt hat.

Die zu begrüßenden Forderungen nach Abrüstung des nuklearen Waffenpotenzials würde an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sie sich mit voller Kraft für den Abzug bzw. die Vernichtung der Atomwaffen hier bei uns in Deutschland einsetzen würden.

Gerhard Kern, Hofheim a.Ts.

Diskussion: frblog.de/inf-2